

Der deutsche Staat unterstützt linken Gesinnungsterror mit Steuergeldern

einem Beitrag von Stefan Schubert

Quelle: KOPP exklusiv Nr. 25/2017

- Die anhaltenden Wahlerfolge der AfD lassen bei den politischen Gegnern sämtliche Hemmschwellen fallen. Angriffe richten sich nicht mehr nur gegen Wahlbüros, Privathäuser und Pkws von Parteimitgliedern, sondern auch gegen unpolitische Bürger. Immer öfter wird dieser Gesinnungsterror durch Steuergelder mitfinanziert.

Der sogenannte Radikalenerlass, der unter Bundeskanzler Willy Brandt 1972 beschlossen wurde, traf damals hauptsächlich vermeintliche oder tatsächliche Linksradikale im öffentlichen Dienst: Beamte, Polizisten, Lehrer, Sozialarbeiter, Briefträger oder Lokführer. Es wurden n000 offizielle Berufsverbote verhängt, 2200 Disziplinarverfahren eröffnet und Tausende Bewerber abgelehnt. Wie weit die Republik seitdem nach links gerutscht ist, zeigt der Umstand auf, dass die SPD mit den ehemaligen Adressaten der Berufsverbote heute gemeinsame Sache macht. Sei es bei Regierungskoalitionen mit den Grünen und der SED-Nachfolgepartei oder bei Demonstrationen gegen Andersdenkende. Zudem gehört der einst leidenschaftlich bekämpfte Radikalenerlass heutzutage zum ständigen Vorgehen von Linken, um politisch abweichende Meinungen zu unterdrücken..

Gewaltaufrufe nicht mehr tabu

Der Linksaußen der SPD, *Ralf Stegner*, schreckt dabei selbst vor Gewaltaufrufen nicht zurück.

- ❖ »Fakt bleibt, man muss Positionen und Personal der Rechtspopulisten attackieren, weil sie gestrig, intolerant, rechtsaußen und gefährlich sind!«, lautet seine berühmt-berüchtigte Twitter-Tirade.

Wer also AfD-Mitglieder und vermeintliche Sympathisanten attackiert, kann sich darauf berufen, mit Zustimmung des stellvertretenden Bundesvorsitzenden der SPD zu handeln. Doch schon längst droht diese Gewalt nicht mehr nur politisch Aktiven. Es reicht mittlerweile sogar aus, den so Diffamierten ein Glas Wasser zu servieren.

- ❖ Aktuell erfahren musste dies der *Duisburger Gastronom Frank Betke*. Mit Äxten und Hämmern hatte ein verummtes Rollkommando der Antifa in der Nacht acht große Scheiben von seinem *Franky's Restaurant* zertrümmert. Das Motiv für die Tat: **das Lokal beherbergte immer mal wieder einen Stammtisch der AfD**. Der



Der Gastronom reagierte völlig erschüttert auf den Gewaltausbruch,

- »bis auf die FDP haben schon alle Parteien meine Säle genutzt, Kirchen, Gewerkschaften, für mich als Gastronom gibt es da doch keinen Unterschied!«

Mit einem letzten Rest an Widerstandswillen diktierte der Restaurantinhaber — übrigens selbst auch ein SPD-Mitglied — den lokalen Reportern in den Block, dass er keinerlei Grund dafür sehe, der AfD keinen Raum zur Verfügung zu stellen, solange der Verfassungsschutz die Partei nicht verbiete, schließlich *»leben wir doch in einer Demokratie«*.



Rechnung ohne die Linksfaschisten

Doch da hat der aufrechte Demokrat seine Rechnung ohne die Linksfaschisten von der Antifa gemacht. Die Vandalen beschmierten auch die Tische der Außen-gastronomie mit ihren Parolen. *»Wer Nazis bewirbt, ist auch ein Schwein.«*

Diese Eskalation stellt den Höhepunkt einer monatelangen Hetze gegen den Gastronomen dar und das Ende seiner bürgerlichen Existenz. Der Gastronom gibt sein Lokal auf und muss fünf Angestellte entlassen.

In Berlin-Weißensee ein weiterer Fall:

- Diesmal ist ein Zahnarzt betroffen, dem die Antifa-Truppen die berufliche wie persönliche Existenz zerstören wollen. Der 64-jährige *Dr. Marius Radtke* engagiert sich ehrenamtlich als Sprecher des Bezirksverbandes Lichtenberg der AfD und geriet so ins Visier linksradikaler Gruppen. Es folgten verleumderische *»Warnungen«* in der Nachbarschaft. Zettel wurden in die Briefkästen gesteckt. Der Arzt wurde als Rassist verleumdet, der zu meiden sei. Dann wurden Arztpraxen in der Umgebung aufgefordert, der Zahnarztpraxis keinerlei Patienten mehr zu überweisen. Schließlich folgte eine Belagerung der Arztpraxis durch einen 60-köpfigen Sturmtrupp der Antifa. Das Ziel der Aktionen ist offensichtlich, der Zahnarzt soll wirtschaftlich ruiniert werden. Organisiert wurde die menschenverachtende Kampagne unter anderem auf dem *»Portal antifaschistischer Initiativen«* und dem Willkommensnetzwerk *»Pankow Hilft!«*.
 - ❖ Und genau dieses Netzwerk Pankow hatte für den Aufbau seiner Internet-präsenz staatliche Fördermittel des SPD-geführten Bundesfamilienministeriums erhalten.

Die Fördermittel wurden erst kürzlich von 50 auf 100 Millionen Euro aufgestockt, um offiziell Projekte gegen Extremismus und die Stärkung von Demokratie und Toleranz zu unterstützen. Dem Zahnarzt, seiner Familie und seinen Angestellten dürfte diese Umschreibung zur Verwendung von Steuergeldern wie blanker Hohn vorkommen.

- ❖ Die Hintergründe wirken wie politisch beabsichtigt, da die SPD eine Extremistenklausel der Amtsvorgängerin *Kristina Schröder* (CDU) zuvor eigens aufgehoben hatte.

Leben in verrückten Zeiten

Die Klausel forderte von jedem Empfänger von Förderprogrammen gegen Rechtsextremismus eine Selbstverständlichkeit ein, nämlich ein Bekenntnis zum Grundgesetz.

Für die SPD ist dieses Bekenntnis offenbar ein Problem, die Finanzierung von linksextremen Antifa-Gruppen hingegen nicht. Wir leben in verrückten Zeiten. Deutschland und Westeuropa werden von nicht enden wollenden Wellen islamischen Terrors und importierter Kriminalität überrollt. Und die Kritiker dieser Zustände werden mit einem staatlich finanzierten Gesinnungsterror überzogen. Der Radikalenerlass aus dem Jahr 1972 wirkt bei diesem vergifteten politischen Klima geradezu harmlos